

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riefa,  
Hermannstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaftsbezirks Riefa, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Riefa 1534,  
Straßenamt  
Riefa Nr. 52.

Nr. 303.

Mittwoch, 28. Dezember 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 2 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Halb-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Halb-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Krautler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerbetriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Notabdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa

## Politische Mündigkeit.

Es geschähen Zeichen und Wunder. Weihnachten ist ruhig verlaufen, bei uns und im Auslande. Das ist wichtig festzustellen, das war wirklich des Verzeichens wert, denn noch niemals ist das Weihnachtsfest das Fest des Friedens gewesen. Immer schon hat seit Jahrzehnten ein politisches Ereignis in die Feiertage. Man war daran gewöhnt, daß es eine französische Winterkrise gab. Auch in Deutschland schlugen die Meinungen hohe Wellen und die sogenannte Mittelmäßigkeit hatte Auswüchse. Und in diesem Jahre ist es anders gelaufen. Schauen wir nach der Ursache. Es ist die politische Mündigkeit, die über das abgekämpfte deutsche Volk gekommen ist. Es kann mit Recht müde sein und sich voll Schindern politischer Betätigung abgeben, denn Monat für Monat wurde es gerufen, Monat für Monat wurde eine neue Wahl vorbereitet, Monat für Monat gab es politische Beschlüsse von Tragweite und politische Experimente, die bange machen.

Es war tatsächlich ein Kunststück, das deutsche Volk in einem Jahre zu fünf Wahlen bereit zu machen und es für diese Wahlen zu interessieren. Dabei blieb es nicht einmal nur beim Verben um die Stimme, sondern es wurde mehr gefordert: die politische Anteilnahme durch Aufmärsche, durch Parteiarbeit, durch Verlammtumsbesuch, durch Kapitulation auf Kommando der Zentralkomitees. Ohne daß es viele merkten, waren sie, bis dahin unpolitisch, überzogene Parteigänger und aktiv. Es muß anerkannt werden, daß die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk aus dem Unbewußtsein geweckt hat und es mütterlich. Sie hat auch die anderen Parteien aufgeschreckt und damit das Volk von vielen Seiten der Beeinflussung ausgelegt. Parteien, die die Taktik der Nationalsozialisten nicht aufnehmen wollten, sind zerfallen worden.

Aber es war auch von vornherein klar, daß eines Tages das deutsche Volk sich nach der Ruhe sehnte und sich von dem politischen Leben mit einer gewissen Zurückhaltung abgrenzen würde. Die Überfütterung mit Politik und die Verwirrung, die doch in dem ewigen Aufmarsch liegt, verbröckelt sehr bald und es ist ein Wunder gewesen, daß es überhaupt noch möglich war, bei fünf Wahlen eine anfängliche Wahlbereitschaft zu erreichen. Mit der letzten Wahl indessen schloß sich ein Grund ab. Es hatte den Anschein, als ob viele Wähler noch einmal ihren Wahlschein in die Urne legten und ablehnten erklärten: Nun laßt mich aber in Ruhe. Denn alle Versuche, die aktive Volksteilnahme aufrecht zu erhalten, waren erfolglos. Versammlungen, soweit sie stattfinden konnten, blieben leer. Nicht einmal die Einzelgespräche konnten sich ein. Das zeigte sich bei den Nationalsozialisten ebenso wie bei den Sozialdemokraten, das mußten alle Parteien feststellen. Und es war gewissermaßen eine Rettung wurde, der die öffentliche Aufregung unterband und mit dafür sorgte, daß die überfütterten Bürger sich in Ruhe zurückziehen konnten.

Wird diese politische Mündigkeit anhalten? Ganz gewiß. Und je länger sich die Regierung hält, je weiter Neuwahlen hinausgeschoben werden, desto mehr und gründlicher werden die politischen Deutschen unpolitisch. Man könnte auch sagen, sie finden sich wieder in ihr Bürgerium zurück und erinnern sich, daß sie eigentlich Stützen der bürgerlichen Parteien seien. Diese Parteien haben von ihnen nie viel verlangt, und deshalb war man so gerne bei ihnen. Die Abwanderung aus den Extremen geht vor sich, die Abkehr von der Aktivität macht große Fortschritte. Und wenn jetzt in absehbarer Zeit eine neue Wahl ansteht, dann werden die Propagandafakten bedeutend höher sein, als das letzte Mal. Man muß wieder um die Entschleunigung werben, die sicherlich viel größeren Widerstand entgegenzusetzen werden, wie bislang.

So hat sich eine friedliche Weihnacht aus der parteipolitischen Entwicklung ergeben. Es herrscht Frieden in Deutschland, obwohl, darüber kommen wir freilich nicht weg, genaugenommen vorhanden ist. Aber die Massen fragen nicht mehr so intensiv die Aktion, und das ist das Ausschlaggebende.

## Erst zahlen, dann verhandeln

Washington, 28. Dezember.

Staatssekretär Stimson betonte erneut, daß Verhandlungen mit der französischen Regierung über eine Revision der Schulden zur Zeit nicht in Frage kämen. Es habe sich auch nichts an der Vorbereitungsgebarung geändert, daß Frankreich zunächst die Desemberrate zahlen müsse, bevor die Frage einer Diskussion in dieser Richtung überhaupt erörtert werden könne.

## Das Budgetzwölftel von der französischen Kammer bewilligt.

Die Kammer nahm den Gesetzentwurf über die Bewilligung des Budgetzwölftels für 1933 in seiner Gesamtheit mit 524 gegen 53 Stimmen an. Vor der Abstimmung gab der sozialistische Abgeordnete Brode die Erklärung ab, daß die Sozialisten in der Bewilligung des Budgetzwölftels nicht eine budgetäre Abstimmung im eigentlichen Sinn des Wortes erblickten, sondern nur der Regierung die Möglichkeit geben wollten, einen Monat lang zu leben; es handle sich also um eine Übergangsmäßigkeit.

## Die bevorstehenden Arbeiten der Reichsregierung. Für schnelle Klärung in der Reichspolitik.

von Berlin. Nur wenige Minister befinden sich noch im Weihnachtsurlaub außerhalb Berlins, die Arbeiten des Reichskabinetts können daher bald wieder aufgenommen werden. Zunächst dürfte der Ausschuss des Kabinetts für Arbeitsbeschaffung sich ver sammeln, um die Richtlinien zu beraten und die Mittel für das Sofortprogramm einzuteilen. Im Anschluß daran wird auch das Gesamtprogramm für die Arbeitsbeschaffung fertiggestellt werden müssen, weil es die Voraussetzung für die Antragsnahme der Arbeiten am Reichshaushaltplan für das Jahr 1933 bildet. Wegen dieser Schwierigkeiten für die Staatsanstellung hatte der Reichsfinanzminister bereits erklärt, er werde Mitte Januar vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages noch keine Mitteilungen über den Etat machen können. Trotzdem hat der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Torgler (Komm.), daran festgehalten, daß der Haushaltsausschuß am 10. Jan. zusammentreten soll, um sich mit der Finanzlage des Reiches zu beschäftigen.

Ferner steht eine Regelung der Fettwirtschaft unmittelbar bevor, nachdem durch eine Kontingentierungsverordnung die Voreinfuhr bereits verhindert ist. Die politische Regelung will sogar wissen, daß die Verordnung, die den Reichsernährungsminister zur Einführung eines Weismilchzuges für inländische Fette zur Margarine veranlaßt, am Mittwoch veröffentlicht würde. Das ist jedoch sehr unwahrscheinlich, denn Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun ist einer der wenigen Minister, die sich noch im Urlaub befinden. In Berliner politischen Kreisen rechnet man allerdings damit, daß die Verordnung noch im Laufe dieser Woche herauskommt. Sie würde sich auf die allgemeine sozialpolitische Ermächtigung stützen, die die Reichsregierung bereits im Sommer durch Notverordnung erhalten hat. Die Regelung der Fettwirtschaft kann also durch Verordnung der Reichsregierung in Kraft gesetzt werden, ohne daß der Reichspräsident eine neue Notverordnung erlassen müßte.

## Reichstag schon am 11. Januar?

von Berlin. In Berliner parlamentarischen und politischen Kreisen wurde am Dienstag, soweit der Weihnachtsurlaub bereits beendet war, vor allem die Frage erörtert, wie die Aussichten für die Januar-Tagung des Reichstages lagen. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages am 4. Januar, nachmittags 4 Uhr, steht ledig-

lich ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstagesplenums. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß jetzt auch die Nationalsozialisten den Wunsch hätten, den Reichstag früher tagen zu lassen, als es ursprünglich möglich erschien, nachdem die Reichsregierung erklärt hatte, sie könne vor Mitte Januar die gewünschten Auskünfte über die Kostenlage des Reiches und über den Etat für 1933 dem Haushaltsausschuß des Reichstages nicht geben. Als Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstages nannte man in parlamentarischen Kreisen Mittwoch, den 11. Januar. Es heißt auch, daß die Reichsregierung einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, wobei hervorgehoben wird, daß es umso besser sei, je schneller eine Klärung der politischen Haltung des Reichstages gegenüber dem Kabinett v. Schleicher erfolge.

Man kann damit rechnen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten versuchen werden, die politische Ausdrücke im Reichstagsplenum mit anschließender Abstimmung über die Mißtrauensvoten sofort bei Wiederantrahme der Beratungen stattfinden zu lassen. Für das Weiterbestehen des Reichstages in seiner jetzigen Zusammensetzung dürfte dabei maßgebend sein, ob die Nationalsozialisten durch positive Zustimmung zu den Mißtrauens-Anträgen die Mehrheit gegen Schleicher schon in der Januar-Tagung ermöglichen, oder ob sie es für angebracht halten, sich zunächst der Stimme zu enthalten, bezw. sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen.

## Die Durchführung des Sofortprogramms.

Berlin, 28. Dezbr. Die Vorfinanzierung des 100 Millionen-Sofortprogramms für die Arbeitsbeschaffung liegt, wie verlautet, vorbehaltlich der noch ausstehenden endgültigen Beschlüsse des Kabinettsausschusses im wesentlichen fest. Sie gelte auf der Grundlage der Steuerzuschüsse mit der bei diesen vorgesehenen Tilgungsdauer von 5 Jahren. Einzelheiten würden die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbankkreditanstalt. Man ermäge ferner, die Gesamtschuld, die den bei dem Sofortprogramm als Unternehmer auftretenden Gemeinden hierbei erwächst, von vornherein zu konsolidieren, um für sie eventuell durch Reichsausgaben erträgliche Bedingungen zu schaffen. Die Durchführungsbestimmungen des Sofortprogramms würden erst etwa Anfang Januar erlassen werden.

## Berordnung über Butterbeimischungszwang und Ausdehnung des Maismonopols.

Berlin. (Kunstsprache.) Zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette ist die Reichsregierung durch eine Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten ermächtigt worden, einen Verwendungszwang für Butter bei der Herstellung von Margarine in Ergänzung des schon seit 1. Dezember 1930 bestehenden Verwendungszwanges für Talg und Schmalz anzuordnen.

Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl, Pflanzenfetten und gehärteten Tran zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang von inländischen Delikatessen in den Delikatessen anzuordnen.

Schließlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen, die die Reklame für Margarine und Kunstspeisefett betreffen und Mißbräuchen auf diesem Gebiete entgegenwirken sollen.

Diese Maßnahmen sollen den inländischen Wirtschaften helfen, die auf das schwerste unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Tiefstand der Preise für die Produkte der Vieh- und Milchwirtschaft leiden. Der Erlös aus diesen Betriebsmaßnahmen lag bereits im vergangenen Wirtschaftsjahr mit nur noch 4,3 Milliarden RM. um 2,1 Milliarden RM. unter dem Erlös im Wirtschaftsjahr 1928/29. Das Schicksal der inländischen Veredelungswirtschaft ist besonders bedeutungsvoll auch deshalb, weil von ihr das Gelingen des gesamtwirtschaftlichen unentbehrlichen Zielsetzungswertes abhängt.

Die jetzt vorgesehene Regelung der Fettwirtschaft stellt eine Ergänzung der Kontingentierung der Einfuhr von Butter und Schmalz dar. Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zugunsten der einheimischen tierischen Fette einschneidend zurückdrängen. Die Margarineindustrie verarbeitet heute zu etwa 97 bis 98 Prozent Rohstoffe ausländischer Herkunft, und zwar vor allem pflanzliche Öle und Tran. Ursprüng-

lich war Rindertalg der Grundstoff der Margarine. Noch im Jahre 1918 betrug der Anteil der tierischen Fette etwas mehr als die Hälfte. Der Buttermarkt soll durch Verarbeitung gewisser Mengen bei der Margarineherstellung einfließen werden. Im Verhältnis zur Gesamtmargarinerzeugung sind die für die Beimischung in Frage kommenden Futtermengen gering, so daß die Butterbeimischung keinen Einfluß auf den Margarinepreis, soweit es sich um Margarine für den Verbrauch der breiten Massen handelt, haben wird.

Bei der Reichsregierung besteht der Wunsch, die mit der Verordnung angestrebten Ziele im Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Margarine- und Delikatessenindustrie zu erreichen, so daß die Ermächtigung zur gesetzlichen Regelung gar nicht Anwendung zu finden braucht.

Durch die gleiche Verordnung des Herrn Reichspräsidenten wird das Maismonopol auf andere Getreidearten als die in Nummer 1 bis 7 des Postgesetzes besonders genannten, sowie auf Reis, Reisabfälle, Rüchstände von der Stärkeerzeugung aus Reis usw. ausgedehnt.

Der Zweck des Maismonopols war es, eine übermäßige Einfuhr ausländischer Futtermittel im Interesse der Verwertung deutscher Futtermittel fern zu halten. Die Lösung dieser Aufgabe wurde durch eine steigende Einfuhr von Reis und Reisabfällen mehr und mehr gefährdet.

Im Hinblick auf die großen inländischen Ernten an Kartoffeln, Daser, sonstigen Futtergetreide und Futtermitteln, die die Futterversorgung der inländischen Viehhaltung zu angemessenen Preisen ermöglichen, und angesichts ihrer Bedeutung für den gesamten Getreidemarkt war deshalb zur Sicherung des Absatzes und der Verwertung dieser inländischen Erzeugnisse auf dem Futtermittelmarkt die Einbeziehung von Reis und Reisabfällen in das Maismonopol unerlässlich.